

Kreisbauernschaft klagt: Preise für Agrarland steigen

KREIS KLEVE (RP) Wie das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf in den letzten Tagen in einer Pressemitteilung erklärte, sind die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr dramatisch gestiegen. So mussten im Durchschnitt 40.049,00 Euro für einen Hektar Acker oder Wiese bezahlt werden, was innerhalb von nur fünf Jahren einer Preissteigerung um satte 49 Prozent entspricht.

Als Begründung wird hierzu insbesondere der verstärkte Einfluss außerlandwirtschaftlicher Kapitalanleger, die die Flächen nicht selber bewirtschaften wollen, genannt. Als größten Preistreiber sieht die Kreisbauernschaft Kleve jedoch die Naturschutzpolitik aus dem Hause Rimmel. „Nicht nur, dass Naturschutzverbände dem aufstockungsbedürftigen Landwirt im Grundstücksverkehrsrecht gleichgestellt sind; zusätzlich führt der Flächenankauf für fragwürdige Naturschutzprojekte, wie etwa das LIFE+-Projekt Düffel zu einer weiteren immensen Preissteigerung des Grund und Bodens“, erläutert der Kreisvorsitzende Josef Peters. Minister

Rimmel ist selbst Preistreiber, indem er dem NABU Millionenbeträge aus Steuergeldern zum Ankauf von landwirtschaftlichen Flächen zur Verfügung stellt. Vor Ort finden sich bereits Beispiele, die in der letzten Zeit zu einer erheblichen Preissteigerung geführt haben. Dies hat die Kreisbauernschaft Kleve dem Minister Johannes Rimmel in einem Brief mitgeteilt. „Zudem darf auch die zurzeit anstehende Novellierung der Düngeverordnung als potenziell zukünftiger Preistreiber nicht vergessen werden. Die dort für die landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehenen Einschränkungen in der Bewirtschaftung und der dadurch bedingte steigende Flächen- und Grundstückspreise und in diesem Zuge auch die Pachtpreise erheblich anziehen werden“, so Peters. Dies führe dazu, dass kleine landwirtschaftliche Betriebe den Preisdruck nicht mehr standhalten können. Ziel der grünen Landespolitik sei es jedoch, kleinbäuerliche Betriebe zu erhalten. Durch den zusätzlichen Flächendruck werde dies jedoch nicht möglich sein, was die Kreisbauernschaft in dem Brief klarstellte.